

Niederschrift

HFA/VII/27

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 29.04.2009 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin
Fedder, Ralf

Vertretung für Herrn
Thomas Fliß

Kuhl, Horst
Löchtefeld, Klaus
Mensing, Hartwig

Vertretung für Herrn Michael
Neumann

Reints, Hermann
Schulze Baek, Franz-Josef

Vertretung für Frau Christa
Haßler

Söller, Hubert
Steindorf, Ralf

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich
Isfort, Werner
Fuchs, Maria

Allgemeiner Vertreter
Kämmerer
Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Fliß, Thomas
Haßler, Christa
Neumann, Michael

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:55 Uhr

ausschließen, dass die Mehrkosten sich im fünfstelligen Bereich bewegen.

Ausschussmitglied Kuhl bestätigte, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen von der Verwaltung auf die Schwierigkeit hinsichtlich der Ermittlung der Kosten für die Verbundschule hingewiesen worden sei.

Fraktionsvorsitzender Branse wies bezugnehmend auf die diesbezüglichen vorhergehenden Äußerungen einiger Ausschussmitglieder darauf hin, dass es unerheblich sei, wer die Verbundschule auf den Weg gebracht habe. Dies könne man sicher den zurückliegenden Protokollen entnehmen. Der Rat habe die Einrichtung der Verbundschule beschlossen und damit müsse man jetzt auch die Kosten übernehmen.

Kämmerer Isfort appellierte an die Ausschussmitglieder, die jetzt einsetzende Entwicklung in der Realwirtschaft im Auge zu behalten, da diese auch Auswirkungen auf die Haushaltssituation haben werde.

Der Finanzzwischenbericht zu diesem Zeitpunkt sei richtig und wichtig gewesen, so Ausschussmitglied Löchtfeld.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Finanzzwischenbericht zum Haushalt 2009 vom 21. April 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**3 Antrag des Reitervereins Osterwick e.V. auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses für die Neu- bzw. Umgestaltung der Reitanlage "Jägerbrock" im Ortsteil Osterwick zum Zwecke der Schaffung einer Parkplatzanlage
Vorlage: VII/832**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Reinacher sowie Herrn Achim Potthoff vom Reiterverein Osterwick e.V.. Anschließend erläuterte er kurz den Antrag des Reitervereins.

Herr Potthoff bedankte sich für die Einladung. Die Problematik sei bereits durch Bürgermeister Niehues geschildert worden. Die Reitanlage „Jägerbrock“ sei sehr idyllisch gelegen. Hier finde in jedem Jahr ein überregionales Reitturnier statt. Problematisch sei die Parkplatzsituation an der Reitanlage. Bei entsprechender feuchter Witterung sei das Parken fast unmöglich. Nachdem nun in zwei Folgejahren zum Turnierzeitpunkt extrem schlechtes Wetter geherrscht habe, habe man seitens des Reitervereins die Befürchtung, dass Teilnehmer dem Turnier fernbleiben könnten, weil die Parkplatzsituation nicht optimal sei. Vom Vorstand habe man nun entschieden, die Parkplatzsituation zu verbessern. Es seien verschiedene Varianten durchgesprochen worden. Problematisch sei, dass die umliegenden Flächen im Naturschutzgebiet lägen. Daher werde die Variante, den Abreiteplatz zu verlegen und den vorderen Teil als Parkplatz zu nutzen, favorisiert. Die geplante Maßnahme könne dem der Sitzungsvorlage beigefügten Plan entnommen werden. Der Schotterrasen werde dabei der geplante Parkplatz.

Fraktionsvorsitzender Branse schlug dem Reiterverein Osterwick e.V. vor, die Reitanlage in Darfeld für die Durchführung des Turniers anzumieten. Mit dieser Einnahme könnte der Reiterverein Darfeld dann anschließend die Sanierung des Aufent-

haltsraumes durchführen. Damit wäre der Gemeinde und auch den beiden Vereinen geholfen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte für seine Fraktion mit, dass man keine Möglichkeit sehe, den beantragten Zuschuss zu gewähren.

Herr Potthoff wies darauf hin, dass der Jägerbrock der „schönste Fleck Erde“ sei und dass das große Reitturnier daher weiter im Jägerbrock durchgeführt werden solle.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schulze Baek erläuterte Herr Potthoff, dass in den Sommermonaten im Jägerbrock und in den Wintermonaten in seiner Halle geritten werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass sich die CDU-Fraktion lange über den Antrag den Kopf zerbrochen habe. Zunächst einmal sei der Zeitpunkt für den Antrag denkbar schlecht, da der Haushalt gerade erst verabschiedet worden sei. Wie sich die Haushaltslage weiter entwickle, habe man gerade gehört. Deshalb müsste nach seiner Auffassung der Bürgermeister einen Beschluss beanstanden, in dem bereits über Haushaltsmittel 2010 verfügt werde.

Darüber hinaus habe sich die CDU-Fraktion die Reitanlage „Jägerbrock“ vor Ort angeschaut. Seitens der CDU-Fraktion empfehle man dem Reiterverein, die Eigenmittel von 30.000 Euro statt in die Umgestaltung besser in eine sinnvolle Zukunftsplanung weg vom Jägerbrock zu investieren. In diesem Fall könne sich der Verein der Unterstützung der CDU-Fraktion sicher sein.

Ausschussmitglied Reints äußerte sein Bedauern darüber, dass er gezwungen sei, den Antrag abzulehnen. Es sei in den vergangenen Jahren fast 1 Mio. Euro für den Fußball ausgegeben worden, da könnte man meinen, dass eine Summe von 10.000 Euro keine große Rolle mehr spiele. Dem sei leider nicht so. Obschon er das Anliegen des Reitervereins verstehen könne und die Baumaßnahme für zweckmäßig halte, müsse er gegen den Antrag stimmen, da die 10.000 Euro nicht zur Verfügung stünden.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte den Antrag, über den 1. Satz der Alternative 1 abzustimmen. In diesem Satz müsse dann noch das Wort ‚vorläufig‘ gestrichen werden: ‚Der Antrag des Reitervereins Osterwick e.V. auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 10.000 € für die Neu- bzw. Umgestaltung der Reitanlage „Jägerbrock“ zum Zwecke der Schaffung von Parkmöglichkeiten wird abgelehnt.‘

Fraktionsvorsitzender Branse schlug dem Reiterverein erneut vor, für die Durchführung des Reitturniers auf das Gelände des Reit- und Fahrvereins Darfeld zurückzugreifen.

Herr Potthoff lehnte diesen Vorschlag ab.

Hinsichtlich der Ausführungen vom Fraktionsvorsitzenden Steindorf fragte Herr Potthoff die Mitglieder der CDU-Fraktion direkt, ob sich diese vorstellen könnten, dass die Reitanlage in einigen Jahren in Ortsnähe angesiedelt werden könne.

Ausschussmitglied Schulze Baek entgegnete hierauf, dass das Turnier in seiner jetzigen Form einiges an Attraktivität verlieren werde, wenn die geplanten Umbaumaßnahmen durchgeführt werden würden. Aussage der CDU sei gewesen, dass in Ruhe überlegt werden solle, ob zu diesem Zeitpunkt am Standort Jägerbrock Geld investiert werden solle oder ob eventuell an anderer Stelle eine neue Reitanlage errichtet werden könne.

Fraktionsvorsitzender Branse wies Herrn Potthoff darauf hin, dass er im Sinne der Gemeinde Rosendahl einen Vorschlag gemacht habe. Es müsse erlaubt sein, über kreative Lösungen nachzudenken. Es gebe sicher Alternativen, die man besprechen könne.

Bürgermeister Niehues schlug vor, über folgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:

„Der Antrag des Reitervereins Osterwick e.V. auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 10.000 € für die Neu- bzw. Umgestaltung der Reitanlage „Jägerbrock“ zum Zwecke der Schaffung von Parkmöglichkeiten wird abgelehnt. Der Reiterverein wird aber gebeten, sich Gedanken zu einem Nutzungskonzept für eine ortsnahere Reitanlage zu machen.“

Fraktionsvorsitzender Mensing vertrat die Auffassung, dass es hier lediglich um die Gewährung eines Zuschusses gehe. Einzig hierüber müsse abgestimmt werden.

Dieser Auffassung schloss sich der Ausschuss an.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Antrag des Reitervereins Osterwick e.V. auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 10.000 € für die Neu- bzw. Umgestaltung der Reitanlage „Jägerbrock“ zum Zwecke der Schaffung von Parkmöglichkeiten wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4 Antrag des Reit- und Fahrvereines Darfeld auf Gewährung eines Zuschusses für die Sanierung des Aufenthaltsraumes in der Reithalle Darfeld Vorlage: VII/833

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Lobbe und Schulze-Averdieck vom Reit- und Fahrverein Darfeld.

Herr Lobbe, Vorsitzender des Reit- und Fahrvereins erläuterte ausführlich den Hintergrund des Antrages. Er verwies insbesondere auf die aktive Jugendarbeit des Reit- und Fahrvereins. So würden derzeit 90 Kinder und Jugendliche im Verein an den Reitsport herangeführt. Es sei nun erforderlich, den Aufenthaltsraum zu renovieren. Hier sei insbesondere notwendig, die Glasfront zur Reithalle auch aus energetischen Gründen zu erneuern. Um auch weiterhin die Vereinsbeiträge niedrig halten zu können, bitte der Verein um Gewährung eines Zuschusses.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass der Zeitpunkt für den Antrag denkbar schlecht gewählt sei. So sei rechtlich eine Zuschussgewährung derzeit gar nicht machbar. Der Bürgermeister hätte die Angelegenheit dem Haupt- und Finanzausschuss nicht zur Beratung vorlegen müssen. Obschon die CDU-Fraktion die Wertigkeit des Antrages sehe, sehe man keine Möglichkeit, dem Antrag zuzustimmen. Auch dem Verwaltungsvorschlag könne nicht gefolgt werden. Die CDU-Fraktion fordere den Reit- und Fahrverein auf, den Antrag zum November hin zu wiederholen. Ob jedoch Geld in 2010 zur Verfügung stehen werde, sei derzeit noch nicht absehbar.

Fraktionsvorsitzender Branse erinnerte daran, dass rechtlich nur dann über- bzw.

außerplanmäßige Ausgaben getätigt werden könnten, wenn Unabweisbarkeit gegeben sei. Die Maßnahme sei jedoch nicht unabweisbar. Es sei daher konsequent, auch diesen Antrag abzulehnen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass auch die WIR-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Er halte aber auch nichts davon, Versprechungen für die Zukunft zu machen. Er schlug dem Reit- und Fahrverein vor, Sponsoren für die Maßnahme zu suchen. Mit gemeindlichen Mitteln könne die Sanierung nicht unterstützt werden. Er schlug vor, über den 1. Satz der Alternative I unter Streichung des Wortes „vorläufig“ abzustimmen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die Gewährung eines einmaligen Zuschusses an den Reit- und Fahrverein Darfeld e.V. aus gemeindlichen Eigenmitteln für die Erneuerung der Glasfront zur Reithalle wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Festlegung der Vermarktungsbedingungen zum 01. Juli 2009 für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke
Vorlage: VII/834**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte nach, warum auf örtlichen Veranstaltungen, z.B. dem Frühlingsfest, keine Werbung betrieben werde.

Bürgermeister Niehues sagte eine Prüfung der Anregung zu. Er erinnerte jedoch an den Messestand in Münster, der keinen messbaren Erfolg gebracht habe. Ein Versuch auf örtlichen Veranstaltungen sei aber möglich.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass bereits mehrfach im Stadtanzeiger geworben worden sei. Dieses Geld könne man sich sparen. Er glaube nicht, dass eine Messewerbung in Münster, Zeitungsannoncen oder aber Stände auf Rosendahler Veranstaltungen Erfolg bringen werde. Es sei nun einmal so, dass der Bauwillige entweder in Rosendahl bauen wolle oder aber eben nicht.

Dieser Auffassung widersprach Fraktionsvorsitzender Steindorf vehement, zumal ein Stand vor Ort keine Kosten verursachen würde. Er bot an, dass man sich seitens der CDU-Fraktion an der Standbesetzung beteiligen könne.

Bürgermeister Niehues sagte eine Werbung auf einer der nächsten Rosendahler Veranstaltungen zu. Bezüglich der Standbesetzung werde er dann auf die Aussage von Herrn Steindorf zurückkommen.

Fraktionsvorsitzender Branse äußerte die Auffassung, dass die für die Werbung notwendigen Kosten in keinem Verhältnis zum Ertrag stehen würden. Er glaube nicht, dass man durch gezielte Werbemaßnahmen mehr Leute dazu bringen könne, in Rosendahl zu bauen. An den Verkaufspreisen für die Grundstücke liege es sicher nicht, dass weniger Grundstücke verkauft würden, da diese sehr günstig seien. Die

Preise sollten daher bis auf weiteres bleiben wie sie sind.

Die WIR-Fraktion habe den Antrag stellen wollen, den Verkaufspreis aus psychologischen Gründen auf 89 Euro zu senken, so Fraktionsvorsitzender Mensing. Er sehe aber, dass dieser Antrag keine Mehrheit finden werde und werde daher auf eine Antragstellung verzichten.

Von Herrn Gottheil wolle er gerne wissen, ob es etwas bringe, Grundstücke in Darfeld zu einem ‚Supersonderpreis‘ anzubieten um zu sehen, ob die geringe Nachfrage in Darfeld tatsächlich nur am Preis liege.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass im Grundstücksmarkt die Leute wissen, wohin sie ziehen wollen. Hauptargument sei die Arbeitsstelle. Nun stehe man vor dem Problem, dass der Grundstücksmarkt weg breche. Er sei froh, wenn zumindest Häuser, die leer stehen würden, wieder veräußert werden könnten, um Leerstand zu vermeiden. Er sei sich nicht schlüssig, ob man dem Vorschlag von Herrn Mensing folgen solle. Er könne aber eventuell aus der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt das Ergebnis mitnehmen, dass der Verwaltung ein gewisser Spielraum hinsichtlich der Preisgestaltung im Darfelder Grundstücksmarkt eingeräumt werde. Es müsse jedoch vermieden werden, dass hierdurch Begehrlichkeiten geweckt werden.

Bürgermeister Niehues schlug vor, zunächst versuchsweise für ein Jahr nur in Darfeld unter die 90-Euro-Grenze zu gehen. Die psychologische Wirkung solle man nicht unterschätzen.

Kämmerer Isfort erinnerte an die Auswirkungen auf den Jahresabschluss. Wenn Grundstücke unter Bilanzwert veräußert werden würden, verringere sich hierdurch das Vermögen. Man müsse genau überlegen, ob man sich das leisten könne.

Er habe nur angefragt, ob es möglich sei, über den Kaufpreis einen Erfolg zu erzielen, so Fraktionsvorsitzender Mensing. Auch der WIR-Fraktion liege viel daran, dass leer stehende Gebäude vermarktet werden würden.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass auch bereits im Verkaufspreis reduzierte Grundstücke in Darfeld derzeit nicht vermarktet werden könnten. Die Leute seien aufgrund der Wirtschaftslage verunsichert.

Ausschussmitglied Löchtfeld unterstützte die Anregung von Herrn Mensing. Die Anregung sei jedoch in Darfeld bereits im Baugebiet „Nord-West“ im Bereich der letzten Reihe zur Umgehungsstraße umgesetzt. Dort würden Grundstücke angeboten, die aufgrund ihrer besonderen Tiefe für die letzten 10 m pro qm 30 Euro günstiger verkauft werden. Wenn man diesen ermäßigten Quadratmeterpreis auf das Gesamtgrundstück umlege, komme man auf einen Grundstückspreis von rd. 70 Euro pro qm. Dieses müsse man publik machen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass im Internet der Preisnachlass bereits eingerechnet sei. Dort stehe für die vergünstigten Grundstücke nicht ein Verkaufspreis von 92 Euro pro qm, sondern ein anderer Betrag.

Ausschussmitglied Löchtfeld regte an, diesen Preis offensiv nach vorne zu bringen. Eventuell erhalte man dann eine Antwort auf die Frage, ob die mangelnde Nachfrage am Preis liege.

Ausschussmitglied Kuhl betonte, dass derzeit alle Überlegungen schwierig umzusetzen seien. Die Gesamtwirtschaftslage habe hieran einen großen Anteil. So würden derzeit wenig Leute bauen und das, obwohl auch die Bauzinsen derzeit günstig seien. Er glaube nicht, dass Werbung viel bringen würde.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die derzeitigen Bedingungen für die Vergabe der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke gelten für den Zeitraum vom 01. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 fort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Fraktionsvorsitzender Mensing bat die Gemeinde um Prüfung, ob die Möglichkeit bestehe, leerstehende Gebäude auf der Internetseite zu zeigen.

Bürgermeister Niehues sagte eine rechtliche Überprüfung zu. Eventuell könne auch ein Link zu den entsprechenden Seiten der Sparkassen bzw. Volksbanken eingepflegt werden.

Ausschussmitglied Söller wies darauf hin, dass Anbieter nicht immer die Sparkasse oder Volksbank sei. So gebe es weitere Immobilienanbieter im Internet (immopool, immogate).

**6 Antrag der WIR-Fraktion vom 02. April 2009 auf Sanierung der Toilettenanlage an der Grundschule Darfeld
Vorlage: VII/836**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er schlug vor, im Rahmen der nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses die sanierte Toilettenanlage vor Ort zu besichtigen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erinnerte daran, dass es sich um einen Antrag der WIR-Fraktion handele. Die WIR-Fraktion sei aufgrund der Haushaltsberatungen davon ausgegangen, dass die Sanierung erst im nächsten Jahr erfolgen solle. Daher sei dieser Antrag gestellt worden, aus dem hervorgehe, dass eine Sanierung von Grund auf erfolgen solle. Die Verwaltung habe keine Grundsanierung durchgeführt, sondern lediglich Schönheitsreparaturen vorgenommen. Die grundsätzlichen Probleme seien dadurch nicht behoben, obschon man froh sei, dass etwas geschehen sei. Die WIR-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass die Verwaltung diesen Weg gegangen sei. Er betonte aber nochmals ausdrücklich, dass es Wunsch der WIR-Fraktion gewesen sei, eine Grundsanierung durchzuführen. So sehe die WIR-Fraktion das große Problem im Bodenbereich, da hier bereits Urin in die Fugen eingedrungen sei. Nach Auffassung seiner Fraktion hätte vordringlich der Boden erneuert werden müssen.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass eventuell im nächsten Jahr die Fliesen in der Toilettenanlage ebenfalls noch erneuert werden könnten. Die Verwaltung werde dafür Sorge tragen, dass die Toilettenanlage in einem angemessenen Zustand gehalten werde.

Fraktionsvorsitzender Branse erinnerte daran, dass in absehbarer Zeit die Antonius-Grundschule Darfeld einzülig geführt werden würde. Der Schulbetrieb werde dann voraussichtlich im Neubau stattfinden. Für diesen Fall könnte der Altbau einer anderen Nutzung zugeführt werden. Da die Toilettenanlage somit nicht mehr langfristig

genutzt werde, sei diese Teilsanierung ausreichend.

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte nach, ob tatsächlich, wie er der Presse habe entnehmen können, noch Geld aus dem Konjunkturprogramm II vorhanden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass der Kostenaufwand für die Heizungsanlage rd. 60.000 Euro geringer sei.

Ergänzend wies Allgemeiner Vertreter Gottheil darauf hin, dass der Antrag der WIR-Fraktion eingegangen sei, als bereits die Aufträge erteilt worden seien. Er habe beim stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Neumann nachgefragt, ob der Antrag zurückgezogen werde. Herr Neumann habe sich hiermit nicht einverstanden erklärt, da der Fraktionsvorsitzende Mensing in Urlaub gewesen sei.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

Dem vorgestellten Sanierungskonzept für die Toilettenanlage an der Grundschule Darfeld und dessen Abwicklung in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Antrag der WIR-Fraktion vom 17. März 2009 auf Durchführung einer Baumpflanzaktion für Neugeborene in der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VII/835**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Auf diesbezügliche Nachfrage von Bürgermeister Niehues wies Fraktionsvorsitzender Mensing darauf hin, dass der Antrag sowohl an den Haupt- und Finanzausschuss als auch an den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss gerichtet worden sei, weil man schon gesehen habe, dass hierdurch Kosten entstehen würden und daher auch die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben sei.

Grundgedanke für diesen Antrag sei der Wunsch gewesen, dass die neugeborenen Bürger Wurzeln in Rosendahl schlagen. Dies könne durch die Pflanzung eines Baumes symbolisiert werden. Es solle nicht für jedes Neugeborene ein Baum gepflanzt werden, sondern ein gemeinsamer Baum für alle in einem Jahr geborenen Kinder. Als Ort könne man sich einen Kinderspielplatz vorstellen, sofern entsprechend Platz vorhanden sei. Die Eltern sollten zur Baumpflanzung eingeladen werden, dadurch werde der Rahmen persönlicher. Vorteil für die Ratsmitglieder sei, dass diese hierdurch Kontakt zu den Eltern auf einer anderen Ebene erhalten würden.

Hinsichtlich der Kosten gehe er davon aus, dass sich diese auf maximal 500 Euro pro Jahr belaufen. Eventuell könnten auch Sponsoren gefunden werden.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass es sich hierbei um außerplanmäßige Kosten handeln würde, die nicht unabweisbar seien. Daher könnte frühestens im nächsten Jahr mit der Baumpflanzaktion begonnen werden, sofern dann Mittel im Haushalt veranschlagt seien.

Fraktionsvorsitzender Mensing antwortete hierauf, dass mit der Baumpflanzaktion nicht unbedingt in 2009 begonnen werden müsste. Der WIR-Fraktion sei nur wichtig, dass diese Idee weiter entwickelt werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf äußerte seine Verwunderung darüber, dass dieser Antrag gleich in zwei Ausschüssen beraten werden müsse. Darüber hinaus seien nach seiner Auffassung die Aussagen im Antrag nicht hinreichend konkretisiert. Er wolle nur mit konkreten Anträgen beschäftigt werden.

Hierzu wies Fraktionsvorsitzender Mensing darauf hin, dass für den Fall, dass der Antrag direkt im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss behandelt worden wäre, ohne vorher im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden zu sein, die CDU diesen Antrag wahrscheinlich mit der Begründung abgelehnt hätte, dass niemand über Geld geredet habe.

Sollte die CDU den Antrag jetzt ablehnen, müsse man damit leben und sehen, ob man die Idee auch ohne Geld umsetzen könne.

Dass der Antrag zunächst im Haupt- und Finanzausschuss beraten werde, liege an der Zuständigkeitsordnung, so Fraktionsvorsitzender Branse. Er könne den WIR-Vorschlag mittragen.

Ausschussmitglied Schulze Baek äußerte die Auffassung, dass es wichtigere Dinge gebe, mit denen sich Rat und Ausschüsse beschäftigten sollten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf stellte den Antrag, den Antrag abzulehnen. Darüber hinaus stellte er den Antrag, diesen Antrag nicht im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss zu beraten.

Hierzu antwortete Bürgermeister Niehues, dass die Vorsitzende des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses die Tagesordnung im Benehmen mit dem Bürgermeister aufstelle. Hierüber habe der Haupt- und Finanzausschuss nicht zu entscheiden. Der Haupt- und Finanzausschuss entscheide heute nur aus finanzieller Sicht über den Antrag.

Fraktionsvorsitzender Branse ergänzte, dass der Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss nach der Geschäftsordnung den TOP von der Tagesordnung absetzen könne, das bleibe dem Ausschuss unbenommen. Ob der TOP aufgenommen werde, bleibe jedoch Entscheidung der Ausschussvorsitzenden.

Anschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag des Fraktionsvorsitzenden Steindorf auf Ablehnung des Antrages **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Antrag der WIR-Fraktion auf Durchführung einer Baumpflanzaktion für Neugeborene war damit **abgelehnt**.

8.1 Sachstand zum Antrag Obstwiese an der Droste-Hülshoff-Schule

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass er der Schulleitung der Droste-Hülshoff-Schule schriftlich mitgeteilt habe, dass in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18. März 2009 durch Herrn Söller vorgeschlagen worden sei, als Ersatz für die für den Neubau der Mensa entfernten Bäume eine Streuobstwiese zu planen und anzulegen.

Rektor Enting habe ihm zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die Droste-Hülshoff-Schule das Projekt begrüße und dieses in Kürze im Rahmen des Schulunterrichts angehen werde.

8.2 Umsetzung des Natur-Tourismus Konzeptes

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass die Abwicklung der Maßnahme über den Haushalt 2009 von Rosendahl erfolge. Die Landeszuwendung werde in Kürze erwartet. Die Kostenanteile der beteiligten Kommunen seien teilweise bereits eingegangen, so dass die seinerzeit von Ratsmitgliedern geäußerte Sorge, dass die Gemeinde die Maßnahme über Monate vorfinanzieren müsse, unberechtigt gewesen sei.

9 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

9.1 Gewerbesteueranteile aus Windkraftanlagen - Herr Kuhl

Ausschussmitglied Kuhl fragte an, ob die Gemeinde Rosendahl auch Gewerbesteueranteile aus Windkraftanlagen erhalte, wenn deren Betreiber seinen Gewerbesitz nicht in Rosendahl habe.

Bürgermeister Niehues bejahte dies.

9.2 Betrieb von Windkraftanlagen - Herr Kuhl

Ausschussmitglied Kuhl erkundigte sich, ob es Möglichkeiten gebe, über den Bebauungsplan oder über Auflagen die Blinklichtanlagen der Windkraftanlagen im Bereich „Horst“ in Gleichklang zu bringen. Er wies darauf hin, dass es hierzu eine entsprechende Technik gebe und dass alle Windkraftanlagen mit dieser neuen Technik nachgerüstet werden könnten.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass über den Bebauungsplan diese Möglichkeit sicher nicht gegeben sei. Ggf. bestehe beim Kreis die Möglichkeit, dies über die

Baugenehmigung zu bewirken. Er sagte eine Überprüfung zu.

9.3 Nachfrage zu den Anträgen der Reitervereine - Herr Fedder

Ausschussmitglied Fedder bezog sich nochmals auf die Beschlussfassung zu den Anträgen des Reitvereines Osterwick sowie des Reit- und Fahrvereines Darfeld (Tagesordnungspunkte 3 und 4 der öffentlichen Sitzung). Er bemerkte hierzu, dass für den Fall der Zuschussgewährung eine Deckung aus Mehrerträgen und – einzahlungen aus der Erstattung von Abwasserabgaben vorgeschlagen worden sei. Hieran knüpfte er die Frage an, ob grundsätzlich beabsichtigt werde, über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Ausgaben ggf. auch aus Erträgen des Produktes 56 (Abwasserbeseitigung) zu decken. Es sei jedoch erklärter Wille, die Produkte Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung so zu behandeln, als wenn sie weiterhin selbstständige finanzwirtschaftliche Einheiten darstellen würden.

Kämmerer Isfort erläuterte hierzu, dass über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen u.a. nur zulässig seien, wenn diesen Beträgen entsprechende Mehrerträge bzw. Minderaufwendungen an anderer Stelle im Haushalt gegenüber stehen. Dabei handele es sich lediglich um eine Zulässigkeitsvoraussetzung. Die zur Deckung herangezogenen Mittel würden nicht verbraucht werden, vielmehr werde die Mehraufwendung im Jahresabschluss weiterhin als Ansatzüberschreitung ausgewiesen, während die zur Deckung herangezogenen Mehrerträge ebenfalls als gegenüber der Planung zusätzliche Erträge ausgewiesen werden.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in